



Protest gegen die AKW-Neubaupläne in Finnland

E.ON gegen die Finnen

Eine mögliche Welle neuer Atomkraftwerke könnte in Finnland starten. E.ON ist dabei sehr aktiv und hat das Atomunternehmen Fennovoima gegründet, das ein neues AKW im Norden Finnlands bauen will. Fennovoima gehört E.ON zu 34 Prozent und zu 14 Prozent dem finnischen Stahlgiganten Outokumpu, den Rest teilen sich Strom- und andere Unternehmen. Dabei scheint E.ON in Finnland so zu agieren, wie das Unternehmen es in Deutschland nicht tun könnte.

Die Notwendigkeit für neue Atomkraftwerke wird damit gerechtfertigt, dass die finnische Industrie billige Energie braucht. Die Anteilseigner von Fennovoima werden den Strom zum Erzeugerpreis aus dem neuen Atomkraftwerk bekommen. Normale StromkundenInnen werden den Marktpreis zahlen müssen. Überschüssige Strommengen sollen in andere Länder exportiert werden, etwa nach Mitteleuropa. Damit scheint sich Finnland schnell zum Strom-Rohstoff-Lieferanten zu entwickeln. Die Finnen bezahlen dafür den Preis.

Während die Finnen früher der Atomkraft sehr unkritisch gegenüberstanden, sind heute 52 Prozent dagegen, dass neue Atomkraftwerke gebaut werden, nur noch 35 Prozent unterstützen Neubauten. Dies fällt bei genauerer Betrachtung noch deutlicher aus: 60 Prozent der jungen Leute und 75 Prozent der Frauen sind gegen neue AKW. Der Handels- und Industrieminister Mauri Pekkarinen zeigt den umgekehrten Trend: er war gegen Atomkraftnutzung und schlägt nun den Neubau von zwei Atomkraftwerken vor, eines will Fennovoima bauen und das andere der finnische Atomkonzern TVO. Diesen Vorschlag der Regierung hat das finnische Parlament mit seiner konserva-

tiven Mehrheit am 1. Juli 2010 gebilligt. In der finnischen Energiedebatte scheint die Demokratie den ökonomischen Interessen der großen Unternehmen zu unterliegen. Nach den Vorgaben der finnischen Atomaufsicht (STUK) dürften nicht mehr als 200 Einwohner dauerhaft im Umkreis von fünf Kilometern um ein Atomkraftwerk leben. In Karsikkoniemi, einem der möglichen Standorte für die Neubauten, leben über 3000 Menschen innerhalb der Fünf-Kilometerzone. Daraufhin schaffte STUK diese Einschränkung einfach ab.

Den hoch radioaktiven Müll möchte Fennovoima in Eurajoki abladen, dem geplanten finnischen Endlager. Dieses bauen jedoch die Energiekonzerne, die die anderen finnischen Reaktoren betreiben und sie haben bereits erklärt, dass in Eurajoki kein Platz für den Atomabfall von Fennovoima sei. Also hat Fennovoima keinerlei Lösung für seinen radioaktiven Abfall! Die finanzielle Haftung finnischer Atomkraftbetreiber ist begrenzt. Minister Mauri Pekkarinen hat vorgeschlagen, dass der finnische Staat die Risiken des Atombaus übernehmen solle, denn die Versicherungsgesellschaften wollen das Risiko nicht eingehen.

Die Eile und unzureichende Planung sind verdächtig. Denn zusätzliche Energie könnte schneller und in größerer Menge durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Der Norden Finnlands, wo eines der neuen AKW gebaut werden soll, ist jetzt bereits energieautark: Dort werden 107 Prozent der verbrauchten Energie selbst produziert. Möchte Finnland mit seinen AKW-Plänen also Energieversorger und Atommülllager Europas werden?

Dazu kommen Gefahren durch den Uranabbau. Aktuell explorieren internationale Uranfirmen die Uranvorkommen in Lappland. Dagegen bildet sich jedoch Widerstand: Das Anti Atom-Netzwerk von See-Lappland organisiert Protest und Demonstrationen und der Naturschutzverein aus der Kemiregion hat bei der Europäischen Kommission Beschwerde eingelegt wegen der schweren Umweltauswirkungen des AKW. Die Kommission hat die Beschwerde angenommen und prüft den Fall in den kommenden zwei Jahren, der Kampf geht also weiter.

*Kari Lunnas aus Kemi, Finnland,
ist freier Journalist
kari.lunnas@kulttuurivoimala.fi*